

Fragen

**für die Fragestunde der 177. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. Mai 2012**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Alpers, Agnes (DIE LINKE.)	26, 27	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	88, 89
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	63, 64
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 82
Becker, Dirk (SPD)	5, 6	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 85
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57
Binding, Lothar (Heidelberg) (SPD)	30, 31	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	9, 72
Bollmann, Gerd (SPD)	1, 2	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 45
Brase, Willi (SPD)	22, 23	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Brugger, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	3, 4
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	48, 49
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Ferner, Elke (SPD)	77, 78	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	60, 61	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83
Gerdes, Michael (SPD)	14, 15	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	90, 91
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	58, 59	Dr. Raabe, Sascha (SPD)	28, 29
Hagemann, Klaus (SPD)	50	Rebmann, Stefan (SPD)	36, 37
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	34, 35	Röspel, René (SPD)	16, 17
Höger, Inge (DIE LINKE.)	51, 84	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	24, 25
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 74	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	33, 79
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	68, 69		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62	Schwabe, Frank (SPD)	11, 73
Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75, 76	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	86, 87
Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	18, 19	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	70, 71
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	20, 21	Vogt, Ute (SPD)	7, 8
Schummer, Uwe (CDU/CSU)	66	Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass Mehrwegverpackungen ökologisch vorteilhafter als recycelte bzw. recycelbare Einweggetränkerverpackungen sind?

2. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zusätzlich zur geplanten Kennzeichnungsverordnung ergreifen, um auf die weiterhin sinkenden Mehrwegquoten bei Getränkeverpackungen zu reagieren?

3. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD) Wann wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die angekündigten Eckpunkte für das geplante Wertstoffgesetz vorlegen?

4. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD) Welchen Umfang hat der sogenannte Pfandschlupf derzeit, und welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit angesichts der anstehenden Überarbeitung der Verpackungsverordnung ergreifen, um diesen zu verringern?

5. Abgeordneter
Dirk Becker
(SPD) Aus welchen Gründen sah sich die Bundesregierung bisher außerstande, den bis Ende 2011 gesetzlich geforderten Erfahrungsbericht zum Erneuerbare-Energien-Wärmege­setz (EEWärmeG) vorzulegen, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, in dieser Legislaturperiode einen Vorschlag für eine Weiterentwicklung des Gesetzes zu unterbreiten?

6. Abgeordneter
Dirk Becker
(SPD) Wie schätzt die Bundesregierung jeweils die Einbeziehung des Gebäudebestandes in die gesetzliche Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energien bei der Erzeugung von Heizwärme und Warmwasser sowie die Schaffung eines haushaltsunabhängigen Förderinstruments auf der Basis einer Umlage auf fossile Brennstoffe (sogenannte Wärmeprämie) in das EEWärmeG ein, und auf worauf stützt sie diese Einschätzung jeweils?

-
7. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD)
- Welche Anstrengungen unternimmt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), damit das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien und die nationale Klimaschutzinitiative auch zukünftig fortgesetzt werden können, und wie bewertet das BMU die Kürzungen beim Marktanzreizprogramm im Energie- und Klimafonds im Hinblick auf die Auswirkungen auf Arbeitsplätze, vor allem im Handwerk und in kleinen und mittleren Unternehmen?
8. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, angesichts des aktuellen Berichts der EU-Kommission „Die Umsetzung der Thematischen Strategie für den Bodenschutz und laufende Maßnahmen“ und des jahrelangen Bemühens um eine EU-Bodenschutzrichtlinie auf europäischer Ebene, um eine auch in Deutschland adäquat umsetzbare Lösung zu erreichen?
9. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Welche konkreten Entwicklungen gibt es im Besetzungsverfahren der im Bundeshaushalt 2012 beschlossenen Einrichtung einer neuen B4-Stelle für den Sachverständigenrat für Umweltfragen?
10. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie genau war das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in die in der Antwort der Bundesregierung vom 30. Juni 2011 auf meine Schriftliche Frage 29 zum Atomkraftwerksprojekt Angra 3 (Bundestagsdrucksache 17/6387) genannte Kontaktaufnahme mit Brasilien eingebunden (bitte insbesondere mit Angabe der betreffenden BMU-Beiträge dazu), und hat das BMU in diesem Zusammenhang auf externen Sachverständigen wie beispielsweise den der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit zurückgegriffen (ggf. bitte mit Angabe des Datums)?
11. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Welche Haltung hat die Bundesregierung im Rahmen der Diskussion um die Kraftstoffqualitätsrichtlinie zu Kraftstoffen aus Teersanden, und unterstützt die Bundesregierung eine differenzierte Behandlung von Kraftstoffen aus konventionellen und unkonventionellen Quellen?

12. Abgeordnete
**Waltraud
Wolff
(Wolmirstedt)
(SPD)** Wie schätzt die Bundesregierung den Einsatz von Schweröl zum Antrieb von Kreuzfahrtschiffen ökologisch, insbesondere mit Blick auf Luftschadstoffe und auf ein mögliches Auslaufen des Schweröls, bei Unfällen ein?
13. Abgeordnete
**Waltraud
Wolff
(Wolmirstedt)
(SPD)** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Ausstoß von Rußpartikeln und Schwefeldioxid durch Kreuzfahrtschiffe zu verringern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

14. Abgeordneter
**Michael
Gerdes
(SPD)** Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Bundesministerin Dr. Annette Schavan (so vorge-
tragen vor der Bundespressekonferenz am 2. Mai 2012), dass das neue Wissenschaftsfreiheitsgesetz im Wesentlichen Regelungen festschreibt, die bereits zuvor Bestandteil der Initiative „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ waren, und welche der im Rahmen des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes vorgesehenen Regelungen gehen über die bereits durch die Initiative „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ ermöglichten Freiräume für die im Gesetz genannten Wissenschaftsorganisationen hinaus?
15. Abgeordneter
**Michael
Gerdes
(SPD)** Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Vorgaben für die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes Vorbildcharakter für das gesamte Wissenschaftssystem haben sollten, und falls ja, wie passt dies zu der Tatsache, dass die Ressortforschungseinrichtungen nicht unmittelbar von den Regelungen des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes profitieren sollen?
16. Abgeordneter
**René
Röspel
(SPD)** Welche Regelungen des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes sind nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung nicht untergesetzlich regelbar?

-
17. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Welche Regelungen des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes können ohne Umsetzung der Länder und/oder ohne Beschlüsse des Deutschen Bundestages wirksam werden?
18. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Auffassung, dass das Wissenschaftsfreiheitsgesetz nicht zustimmungsbedürftig durch den Bundesrat ist, und entsprach die fachliche Einschätzung des Bundesministeriums der Justiz dieser Haltung der Bundesregierung?
19. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Wodurch erklärt sich die Bundesregierung die auch im zweiten Jahr anhaltende Zielverfehlung bei den Stipendien nach dem Stipendiengesetz, und wie rechtfertigt sie vor dieser Sachlage die von ihr angestrebte Anhebung der Förderquote für die Hochschulen?
20. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Inwieweit ist in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung Vorsorge für steigende Ausgaben durch zusätzliche Studierendenanfängerzahlen getroffen, und welche Planung hat die Bundesregierung für Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz?
21. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Daten zum Sanierungs- und Modernisierungsbedarf (insgesamt aufgelaufener Bedarf sowie akuter Bedarf) an deutschen Hochschulen vor, und wie sind diese in ihre Einschätzung der notwendigen Kompensationsmittel für 2014 bis 2019 nach dem Entflechtungsgesetz eingeflossen?
22. Abgeordneter
**Willi
Brase**
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, dass bei den von ihr geplanten lokalen Bildungsbündnissen die mit der Förderung beauftragten privaten Stiftungen bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche nach objektiven Kriterien hinreichend identifizieren können, damit die Förderung wirklich bei den Bedürftigen ankommt?

23. Abgeordneter
**Willi
Brase**
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Kritik an den geplanten lokalen Bildungsbündnissen, sie stärkten durch die privaten Stiftungen eine weitere Privatisierung von Bildungschancen anstatt direkt die Kindertagesstätten, Schulen und Berufsschulen zu fördern und damit die öffentlichen Bildungsinfrastrukturen zu stärken?
24. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD) Auf welcher empirischen Analyse gründet die Bundesregierung die Annahme, dass eine flächendeckende Verbesserung der Lehrerbildung mit etwa 50 Mio. Euro im Jahr (Aussage der Bundesministerin Dr. Annette Schavan am 20. April 2012) ausreichend finanziert ist?
25. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD) Welche Vorkehrungen im Bundeshaushalt und in der Finanzplanung hat die Bundesregierung bisher getroffen, um die Finanzierung der Qualitätsoffensive für die Lehrerbildung sicherzustellen?
26. Abgeordnete
**Agnes
Alpers**
(DIE LINKE.) In welcher Form soll der Deutsche Bundestag mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) befasst werden, und welches Gremium soll nach dem Abschluss der Debatte um die Einstufung verschiedener Abschlüsse in den DQR abschließend über ein entsprechendes Regelwerk entscheiden?
27. Abgeordnete
**Agnes
Alpers**
(DIE LINKE.) Welche besonderen Vereinbarungen gibt es zur Einordnung der Abschlüsse im Gesundheitsbereich, und auf welchem Niveau des DQR sollen die berufsfachschulischen Ausbildungen im Gesundheits- und Pflegebereich eingeordnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

28. Abgeordneter
**Dr. Sascha
Raabe**
(SPD) Trifft es zu, dass der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, mit 23 Fehltagen die Liste der bei Sitzungen des Bundeskabinetts abwesenden Bundesminister anführt, und welche Termine hat der Bundesminister

Dirk Niebel jeweils konkret an den Tagen, an denen er nicht an der Kabinettsitzung teilgenommen hat, wahrgenommen?

29. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Trifft es zu, dass eine Entscheidung des Bundeskabinetts über die Zusammenfassung der Zuständigkeit für sämtliche deutschen ODA-relevanten (ODA = Official Development Assistance = Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) Vorhaben im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bislang am Veto des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gescheitert ist, und wann ist mit einer Entscheidung über die neue Aufgabenverteilung, darunter die Auslagerung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in das Auswärtige Amt, zu rechnen?
30. Abgeordneter
Lothar Binding
(Heidelberg)
(SPD)
- Wann legt die Bundesregierung ein Konzept für die Übertragung der humanitären Hilfe vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Auswärtigen Amt vor, und wo liegen die inhaltlichen Schwerpunkte?
31. Abgeordneter
Lothar Binding
(Heidelberg)
(SPD)
- Trifft es zu, dass die Jahresplanung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH eine Planzahl von 850 Entwicklungshelferinnen und -helfern im Jahr 2012 vorsieht, was einen Rückgang um rund 200 Mitarbeiter im Vergleich zu 2010 bedeutet, und kann die Bundesregierung bestätigen, dass rund 100 dieser Mitarbeiter gar keine Entwicklungshelfer, sondern Entwicklungsstipendiaten sind, die erheblich niedrigere Kosten verursachen und eigentlich getrennt erfasst werden müssten?
32. Abgeordneter
Uwe Keckeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit werden Anbaualternativen zu Koka in Form von Stevia in den Hauptanbauländern Bolivien, Kolumbien und Peru durch Deutschland gefördert, und ist hier eine Veränderung geplant?

33. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- Welche Schwerpunkte setzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen der Afrika-EU-Energiepartnerschaft (AEEP) – auch vor dem Hintergrund des vom 9. bis 11. Mai 2012 in Kapstadt stattfindenden First Stakeholder Forums der AEEP –, und wie beurteilt das BMZ die konkreten Potenziale der afrikanisch-europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien bis 2030 (bitte die Potenziale für die einzelnen Energieträger angeben)?
34. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Hält die Bundesregierung an ihrer durch den Bundesminister Dirk Niebel am 9. Februar 2012 verkündeten Absicht fest, die deutschen bilateralen staatlichen Mittel, die für den Bildungsbereich in Afrika aufgewandt werden, vorbehaltlich der Zustimmung des Deutschen Bundestages, für das Jahr 2013 auf 137 Mio. Euro zu erhöhen, und kann die Bundesregierung sicherstellen, dass zur Finanzierung dieser geplanten Steigerung deutsche Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für andere Bereiche, beispielsweise Gesundheit oder ländliche Entwicklung, nicht abgezogen werden?
35. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung es als ihre Aufgabe an, den wachsenden deutschen Tourismus in Entwicklungsländer mit Maßnahmen für die landesverträgliche Entwicklung der Infrastruktur zu unterfüttern, und setzt sie sich in dem Zusammenhang gegen Zwangsenteignungen und Vertreibungen sowie für die Einhaltung international anerkannter Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards ein?
36. Abgeordneter
Stefan Rebmann
(SPD)
- Inwieweit unterstützen die politischen Stiftungen den Demokratieaufbau in den Transformationsländern Nordafrikas aus den Mitteln des Einzelplans 23, und wie schätzt die Bundesregierung den Demokratisierungsprozess – insbesondere im Vorfeld der Wahlen in Ägypten – aus entwicklungspolitischer Sicht ein?
37. Abgeordneter
Stefan Rebmann
(SPD)
- In welchem Rahmen und welchem Umfang gibt es in der Region Nordafrika konkrete Hilfen aus den Mitteln des Entwicklungshaushalts und/oder des Europäischen Entwicklungsfonds für den Parteeiaufbau bzw. für Programme für Parlamentsabgeordnete?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

38. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden auf dem Energiegipfel von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 2. Mai 2012 konkrete Absprachen getroffen, und wenn ja, welche?
39. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Lösungsansätze bezüglich der Kosten und Subventionen zu Netzausbau, Speicherinvestitionen, Kraftwerksbau, Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz wurden auf dem Energiegipfel am 2. Mai 2012 mit den beteiligten Unternehmen besprochen, und finden diese gleichzeitig die Unterstützung durch die Bundesregierung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

40. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe werden die Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Lastabschaltprämie auf der Grundlage des in der Öffentlichkeit kursierenden Entwurfs einer Rechtsverordnung zu abschaltbaren Lasten in Form der Erhöhung der Netzentgelte durchschnittlich zusätzlich pro Jahr belastet (bitte die Gesamtsumme sowie bezogen auf eine Kilowattstunde angeben), und wie sieht der weitere Zeitplan für die Abschaltverordnung aus?
41. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Vorgaben (bitte einzeln aufschlüsseln) hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie als Auftraggeber für das Gutachten zum Strommarktdesign/Kapazitätsmarkt gemacht, die vom Auftragnehmer, dem Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI), Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, als „realitätsfern“ (s. Energiate-Meldung vom 27. April 2012) bezeichnet wurden, und hält sie diese Vorgaben entgegen den Aussagen des EWI-Direktors Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge als realistisch für das zukünftige Strommarktdesign?

42. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung die systematische Unterspeisung der Bilanzkreise im Februar 2011, und was plant die Bundesregierung, um diese oder andere Gefahren für die Versorgungssicherheit im nächsten Winter zu verhindern?
43. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Funktionen und Aufgaben sollen die Stellen für zwei Projektmitarbeiter, welche in dem Entwurf für ein Markttransparenzstellengesetz mit einem Betrag von rund 1,2 Mio. Euro für Gehälter über einen Zweijahreszeitraum für den Bereich der Kraftstoffbeobachtung angesetzt werden, erfüllen, und gibt es schon Pläne über die Besetzung dieser Stellen?
44. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Soll die geplante Markttransparenzstelle für den Benzinmarkt auch für die Überwachung der Ein- und Verkaufspreise der Raffinerien zuständig sein, und wenn nicht, warum nicht?
45. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten und rechtliche Handhabe hat die Bundesregierung, um die Kreditvergabe für das ukrainische Atomkraftwerk „Safety Upgrade Program“ durch Euratom zu verhindern, und wird die Bundesregierung davon Gebrauch machen (bitte mit Begründung)?
46. Abgeordnete
Agnes Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche abrüstungspolitischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass zahlreiche deutsche Versicherer und Banken, darunter Landesbanken und die KfW Bankengruppe, in Herstellerfirmen von Atomwaffen investieren, und welchen Regelungsbedarf sieht sie diesbezüglich zur Erreichung des von ihr selbst erklärten Ziels der weltweiten nuklearen Abrüstung?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

47. Abgeordnete
**Agnes
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Androhung des Generalstabschefs Nikolai Makarow, dass auch ein Präventivschlag Russlands auf Anlagen des NATO-Raketenabwehrsystems in Europa ein möglicher Gegenschritt zum Aufbau des Systems sei (DER TAGESSPIEGEL vom 4. Mai 2012)?
48. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Welche sicherheitspolitischen Risiken sieht die Bundesregierung für Europa in Anbetracht der russischen Drohungen, auch mit militärischen Maßnahmen gegen den Aufbau des NATO-Raketenabwehrschirms vorzugehen, und warum ist es nicht gelungen, Russland für einen kooperativen Ansatz beim Raketenabwehrschirm zu gewinnen?
49. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Hat sich die Bundesregierung gegenüber den USA hinsichtlich der Legitimität des jüngsten Angriffs der USA durch unbemannte Flugkörper (Drohnen) auf mutmaßliche Taliban in Pakistan, bei dem u. a. ein deutscher Staatsbürger ums Leben kam, geäußert, und wenn ja, mit welchen Argumenten?
50. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Wie ist in Sachen Europäische Nachbarschaftspolitik der aktuelle Stand bei der östlichen Partnerschaft mit der Ukraine – jeweils unter Angabe der verplanten, der in 2011 und 2012 ausgezahlten bzw. ggf. gesperrten Mittel insbesondere im „National Indicative Programme for Ukraine – Priority Area 1 Good Governance and the Rule of Law“, das für den Zeitraum 2011 bis 2013 insgesamt bis zu 141 Mio. Euro vorsieht, sowie der Position der Bundesregierung zu möglichen Sanktionen und Mittelsperren – angesichts der Aussagen des Umsetzungsberichts vom Mai 2011 (KOM(2011) 303), wonach bereits zu diesem Zeitpunkt in zentralen Fragen Rückschritte zu verzeichnen waren, und wie ist der aktuelle Stand bei der südlichen Partnerschaft bei der Einrichtung eines Europäischen Fonds für Demokratie als Reaktion auf die Umbrüche im arabischen Raum – unter Angabe des Finanzvolumens, der dazu vorgenommenen Umschichtungen in der Finanzplanung, des Anteils der aktuell bereits gebundenen bzw. zugesagten Mittel am Gesamtvolumen des Fonds sowie der Voraussetzungen für Mittel aus diesem Fonds?

51. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Pläne der NATO zur Ausbildung und Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte (Polizei, Militär und Geheimdienste) nach 2014, und in welchem Umfang wird sich die Bundesrepublik Deutschland daran beteiligen?
52. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung weiterhin davon aus, dass die ukrainische Führung bestrebt ist, „sich der internationalen Öffentlichkeit anlässlich der Fußball-europameisterschaft 2012 als weltoffener, europäischer, moderner und demokratischer Staat zu präsentieren [...], was] sich auch positiv auf die Menschenrechtslage in der Ukraine auswirken“ könne (vgl. die Antwort der Bundesregierung vom 21. März 2012 zu Frage 18 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/9042), und wenn nein, was hat sie dazu bewogen, ihre Einschätzung kurzfristig zu revidieren?
53. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann entscheidet die Bundesregierung angesichts der unterschiedlichen Äußerungen von Kabinettsmitgliedern zum Umgang mit der Ukraine als Kogastgeberland der EURO 2012 über offizielle Besuche von Europameisterschaftsspielen, die in der Ukraine ausgetragen werden, und von welchen politischen Kriterien macht sie diese Entscheidung abhängig?
54. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung angesichts der Äußerungen von Kabinettsmitgliedern über einen möglichen Boykott der Fußball-europameisterschaft in der Ukraine und angesichts der dramatischen Menschenrechtslage in Belarus die vom Europäischen Parlament, von Menschenrechtsorganisationen und der belarussischen Opposition geforderte Verlegung der Eishockeyweltmeisterschaft 2014 von Belarus in ein anderes Land, und wird sie hierfür gegenüber den Eishockeyverbänden werben?
55. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der gegenwärtige Planungsstand der zivilen GSVP-Mission (GSVP = Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) im Niger, und welche weiteren EU-Missionen sind im Rahmen der EU Sahel Strategie in Planung?

56. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Ergebnissen ist die Erkundungsmission des Auswärtigen Amts zur Überprüfung von Hilfsmaßnahmen und zur Präzisierung weitergehenden Bedarfs in der Sahelzone gekommen, und welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für ihre humanitäre Hilfe in der Region?
57. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Einrichtung eines United Nations Emergency Peace Service (UNEPS), und welche konkreten Einzelzusagen hat sie im Rahmen des United Nations Standby Arrangement System (UNSAS) gegeben?
58. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, wie bei der Unterrichtung in der letzten Sitzung des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. April 2012 durch einen Vertreter des Auswärtigen Amts geäußert, dass man in Syrien von „einem schleichen- den Genozid“ sprechen kann?
59. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Vertritt die Bundesregierung die Position, wie bei der Unterrichtung am 25. April 2012 im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages durch einen Vertreter des Auswärtigen Amts geäußert, dass es bei einem Scheitern des Friedensplans von Kofi Annan auf keinen Fall zurück zu einem „Status ex ante“ kommen würde und „Assad weg müsse“?
60. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Wird sich die Bundesregierung gegenüber der israelischen Regierung für die Verbesserung der Haftbedingungen der palästinensischen Häftlinge, insbesondere für die Freilassung der zum Teil seit Jahren ohne Anklage in Administrativhaft befindlichen Palästinenser, einsetzen, und in diesem Zuge die Forderungen der 1 500 bis 2 000 palästinensischen Häftlinge, die sich in israelischen Gefängnissen im Hungerstreik befinden, nach Abschaffung der Administrativhaft, Verbesserung der Haftbedingungen und Durchsetzung internationalen Rechts der Gefangenen in Israel thematisieren?

61. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung das unter der Verantwortung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages stehende Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“, insbesondere in Bezug auf die Aktivitäten von Abgeordneten für die von ihnen betreuten Kolleginnen und Kollegen und insbesondere in Bezug auf Marwan Barghouti?
62. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Arbeitet innerhalb der Bundesregierung ein ressortübergreifender Ausschuss entsprechend § 20 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) zu Fragen von Information und Kommunikation bezüglich der Angelegenheiten der Europäischen Union und der Rolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Union, und wie setzt sich dieser Ausschuss zusammen?
63. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Erkenntnisse hat die Bundesregierung anlässlich der Zuspitzung rassistisch motivierter Proteste und tödlicher Angriffe auf Migrantinnen und Migranten über die Unterstützung des Neubaus von 30 griechischen Abschiebegefängnissen durch die Europäische Union sammeln können (laut Berichten der „tagesschau“ sogar 50, für die demnach ehemalige Kasernen genutzt werden sollen; <http://tinyurl.com/745xqq2>), wozu sie in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 17/9307 noch weitgehende Unkenntnis vortrug, dies aber wiederholt in griechischen Medien über Aussagen des griechischen Innenministers berichtet wird (<http://tinyurl.com/cpxu6ch>), und welche Mittel (bitte nach einzelnen Fonds auflisten) oder sonstigen Unterstützungsleistungen der EU werden jeweils für Renovierungen, Umstrukturierungen und Neubauten der Abschiebehaftanstalten und dem damit verbundenen Aufbau neuer Polizeieinheiten und Polizeistationen im gesamten Land bereitgestellt oder genutzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

64. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Über welche weiteren Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Tötung des deutschen Staatsangehörigen Samir H. aus Aachen (insbesondere Ort und Zeitpunkt seines Todes, Tatwerkzeuge, Tatumstände, Täter) durch ein oder mehrere Ge-

schosse einer US-Drohne im pakistanischen Wasiristan, und inwieweit haben sich deutsche Stellen vor und nach dessen gewaltsamem Tod sowohl offiziell als auch inoffiziell mit Behörden der USA oder anderer Regierungen über Samir H. und seine Familie ausgetauscht (insbesondere über Reisetätigkeiten von Samir H. sowie seiner Frau und Tochter, ihren jeweiligen Aufenthaltsort, Geldtransfers von Konten der Familie, Kontaktpersonen, vermutete Tätigkeiten, weitere geheimdienstliche Erkenntnisse etc.)?

65. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihres eigenen Koalitionsvertrages („Wir setzen uns für eine Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes ein und wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen“, S. 106 des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP von 2009) sowie ihres bis heute nicht umgesetzten Entwurfs für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz (dort insbesondere § 32f BDSG-E) samt aktueller Kritik des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Blogbeitrag des Bundesbeauftragten vom 30. April 2012) aus den aktuellen Berichten über den Missbrauch von personenbezogenen Daten bei der ALDI-Gruppe, bzw. hält sie den derzeit bestehenden rechtlichen Schutz der Beschäftigten vor Videoüberwachungen nun doch für ausreichend?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

66. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU)

Wie will das Bundesministerium der Justiz (BMJ) den Dachverbänden der ehrenamtlich kulturschaffenden Vereine Verhandlungsmöglichkeiten auf Augenhöhe zur Gestaltung der Tarifverträge der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) entsprechend den Vereinbarungen des Runden Tisches GEMA im BMJ ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

67. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat der Vertreter/die Vertreterin des Bundesministeriums der Finanzen in der Sitzung der Abteilungsleiter (Steuer) der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder vom 28. Februar bis zum 1. März 2012 in Berlin bei dem dort gefassten Beschluss, bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eingetragenen Lebenspartnern auf Antrag das Ehegattensplitting im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes zu gewähren, abgestimmt?
68. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung mit dem Beschluss des Bundesfinanzhofs (III B 6/12) überein, wonach die Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes bei der Frage der Gewährung des Splittingtarifs bei eingetragenen Lebenspartnerschaften gewichtiger ist als eine mögliche Gefährdung der geordneten Finanz- und Haushaltsplanung durch die rückwirkende Besserstellung eingetragener Lebenspartnerschaften, und sieht die Bundesregierung nach dem nun erfolgten Beschluss des Bundesfinanzhofs die Notwendigkeit zum Erlass eines klarstellenden Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen bezüglich der generellen Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes in gleichgelagerten Fällen?
69. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Kontrollmöglichkeiten nach dem im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommen mit der Schweiz bestehen für die deutschen Finanzbehörden hinsichtlich der Prüfung auf Richtigkeit bei der Ermittlung und Abführung der Einmalzahlung (Nachversteuerung), und welche Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den schweizerischen Behörden stehen den deutschen Finanzbehörden oder der Bundesregierung im Falle einer nicht korrekten Durchführung der Steuererhebung zu?
70. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wie ist nach dem im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommen mit der Schweiz in den Fällen zu verfahren, in denen die betroffene Person nach Artikel 7 Absatz 3 und 4 des Steuerabkommens die Genehmigung der Bescheinigung nicht erteilt, so dass in solchen Fällen die Überweisung der Einmalzahlung nicht vorgenommen werden kann, und erheben die schweize-

rische Behörde oder die Geldinstitute für die Durchführung der Nachversteuerung eine Gebühr, die zu Lasten des Steueraufkommens geht?

71. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wie sind die sogenannte E-Zigarette und der dort verwendete Wirkstoff Nikotin im Rahmen der Tabaksteuer zu behandeln, und sieht die Bundesregierung deren steuerliche Gleichbehandlung im Vergleich zur steuerlichen Behandlung der klassischen Zigarette gewahrt?
72. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Wann ist eine Aufhebung der Haushaltssperre der Verpflichtungsermächtigungen beim internationalen Klima- und Umweltschutz des Sondervermögens Energie- und Klimafonds von der Bundesregierung geplant, und wie soll die konkrete Mittelverteilung zukünftig aussehen?
73. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Warum geht die Bundesregierung von einem Preis von 10 Euro je CO₂-Zertifikat im Jahr 2013 aus, wenn viele Prognosen namhafter Analysten von einem deutlich tieferen Preis ausgehen?
74. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen Kosten wären für die Wirtschaft zu erwarten, wenn die Vergünstigungen bei der Ökosteuer, wie vom Bundesministerium der Finanzen vorgeschlagen, in Zukunft an den Nachweis einer jährlichen Energieeinsparung von 1 Prozent geknüpft würden, und welche Entlastungen durch Kosteneinsparungen beim Energieverbrauch und verminderte Ökosteuerzahlungen stehen dieser Mehrbelastung gegenüber?
75. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung die Einrichtung einer europäischen Restrukturierungsbehörde für Banken, um negative Rückkopplungseffekte zwischen Banken- und staatlicher Schuldenkrise durchbrechen zu können, wie es u. a. die Ratsmitglieder der Europäischen Zentralbank Benoît Coeuré und Jörg Asmussen und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen haben (vgl. beispielsweise www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120420_2.en.html oder www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120420.en.html# oder das Jahresgutachten 2011/2012 des Sachverständigenrates, Nummer 263 ff.)?

76. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es derzeit Beratungen auf EU- oder Eurozonenebene, die darauf abzielen, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus bzw. die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität direkte Hilfen an Banken der Eurozone leisten kann, und wenn ja, was ist die Position der Bundesregierung in diesem Zusammenhang?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

77. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Trifft es zu, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Beratungsgesellschaft „McKinsey & Company“ damit beauftragt hat, ein Konzept zu entwickeln, das u. a. Vorschläge zu der Beitragsbemessung, dem Meldeverfahren und dem Beitragsbeitrag bei einer obligatorischen Alterssicherung von Selbständigen beinhalten soll, und wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit eines externen Konzeptes, obwohl die deutsche Rentenversicherung bereits eine jahrzehntelange Erfahrung in der Pflichtversicherung von Selbständigen aufweist?
78. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Auf der Grundlage welcher Kriterien hat sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür entschieden, die Beratungsgesellschaft „McKinsey & Company“ mit diesem Auftrag zu betrauen, und in welcher Höhe ist dieser Auftrag dotiert?
79. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- In welchen Branchen und Regionen liegen nach Kenntnis des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zum jetzigen Stand keine entsprechenden Tarifverträge vor, sodass der zur Regelung einer allgemeinen Lohnuntergrenze im Eckpunktepapier der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag vorgeschlagene und von der Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen begrüßte Mechanismus zur Festlegung eines Mindestlohns greifen würde (bitte unter Angabe aller Branchen und Regionen), und wie müsste aus der Sicht des BMAS eine gesetzliche Regelung aussehen, die sicherstellt, dass keine Dumpingtarifverträge mit Scheingewerkschaften, wie beispielsweise der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP), abgeschlossen werden, um so den geplanten außertariflichen Mechanismus zur Festlegung von Lohnuntergrenzen zu umgehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

80. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Fischereiförderung über eine deutliche Senkung des Mindestförderbetrages von 20 000 Euro nachzudenken damit die kleine Küsten- und die Kutterfischerei und damit auch die Krabbenfischerei in Zukunft in relevantem Maßstab an den Fördermitteln der Fischereiförderung teilhaben kann, und wenn nein, warum nicht?
81. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie sieht die Bundesregierung die Perspektive eines Anstiegs der Krabbenachfrage, und in welcher Form wäre sie bereit, Maßnahmen zur Verbesserung der Marktsituation z. B. durch den Aufbau von Verarbeitungskapazitäten oder eine Verbesserung von Marketingstrategien zu unterstützen?
82. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die positiven Aussagen zur Anbaualternative für Koka-Bauern in Bolivien in Form von Stevia, die im Artikel der „Frankfurter Rundschau“ (Süßer als Süß, Frankfurter Rundschau vom 2. Mai 2012) gemacht werden, und wird sich die Bundesregierung vor diesem Hintergrund für eine baldige und vollständige Zulassung von Stevia als Lebensmittel in der Europäischen Union einsetzen?
83. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung angesichts der aktuellen Krise am Milchmarkt und der massiven Preissenkungen für Molkereiprodukte durch mehrere Discounter ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

84. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.) In welchen Regionen waren deutsche Flottendienstboote im Rahmen von „nationalen Aufklärungsfahrten“ oder Fahrten im Kontext von Bündnisoperationen bisher im Jahr 2012 im Einsatz?

85. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind die beiden Bordhubschrauber im gegenwärtigen deutschen Einsatzaufgebot für Atalanta in der Lage, für die Zerstörung von Piraterielogistik an Land eingesetzt zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

86. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Regelungen gibt es in der Conterganstiftung für behinderte Menschen hinsichtlich der Beteiligung von stellvertretenden Mitgliedern des Stiftungsrates sowie des Rechts der von den Conterganopfern in den Stiftungsrat gewählten Vertreter, die Conterganopfer umfassend über die Arbeit der Stiftung zu informieren?
87. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der „Internationalen Studie zu Leistungen und Ansprüchen thalidomidgeschädigter Menschen in 21 Ländern“ sowie dem „Gutachten zur Klärung gedachter Ansprüche aus Arzneimittelhaftung bei Thalidomid Schäden im Inland“ (siehe www.conterganstiftung.de)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

88. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie fallen die Zustandswerte für Autobahnen aus der Erhebung von 2009/2010 für alle Bundesländer aus, die zumindest für den Freistaat Bayern bereits in dem Sonderheft „Erhaltungsmanagement der Straßen in Bayern“ der Zeitschrift der Bayerischen Staatsbauverwaltung für Hochbau, Städtebau, Wohnungsbau, Straßen- und Brückenbau im August 2011 veröffentlicht wurden, und wann wurden die Ergebnisse der aktuellen Erhebung über Zustandswerte für Autobahnen den Ländern mitgeteilt?

89. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesländer haben beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Interesse am Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für den Straßenbau geäußert, und welche Pilotstrecken werden/wurden für eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung ausgewählt?
90. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten entstehen dem Bund durch die Nutzung des alten Terminals A auf dem Flughafen Schönefeld als Regierungsterminal bis zur Fertigstellung des neuen Regierungsterminals zum Beispiel durch die Anmietung des Terminals bei der Flughafengesellschaft (bitte die Kosten pro Jahr aufschlüsseln)?
91. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat die Verschiebung des Fertigstellungstermins des neuen Regierungsairports von 2014 auf 2016 auf die provisorische Nutzung des Terminals A und dessen Herrichtung, und werden deswegen weitere Investitionsmaßnahmen nötig?